

"Chancen durch Bildung": Sozialpartner für umfassendes Konzept und "Bildungshighway"

Utl.: Bildung und lebensbegleitendes Lernen Schlüsselfaktoren für Wachstum und Beschäftigung in Österreich - Gemeinsames Konzept aller Sozialpartner präsentiert =

Wien (PWK733) - "Bildung sichert Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit, Erfolg und Wachstum nachhaltig. Daher gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, um vorhandene Begabungen in unserem Land bestmöglich zur Entfaltung zu bringen sowie Reserven zu mobilisieren", unterstrichen die Spitzenrepräsentanten der österreichischen Sozialpartner, ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, WKÖ-Präsident Christoph Leitl, Landwirtschaftskammer-Präsident Gerhard Wlodkowski sowie Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich, heute, Mittwoch, bei der Sozialpartnerkonferenz "Chancen durch Bildung" in Bad Ischl.

Im Mittelpunkt des von Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer Österreich, dem österreichischen Gewerkschaftsbund und der Wirtschaftskammer Österreich ausgearbeiteten Konzeptes steht lebensbegleitendes, lebenslanges Lernen (LLL). "Leitlinie für die Vorschläge der Sozialpartner zu Zielen, Maßnahmen und Messgrößen einer österreichischen Strategie des lebensbegleitenden Lernens ist ein modernes, an den Prinzipien des lebenslangen, lebensbegleitenden Lernens ausgerichtetes Bildungssystem, das europa- und weltweit Beachtung findet", so die Sozialpartner-Spitzen. "Eine Bildungslandschaft ohne lebensbegleitendes, lebenslanges Lernen ist wie eine einspurige Autobahn. Unser Ziel ist jedoch ein breiter Bildungshighway mit möglichst vielen Zu- und Abfahrten", hielten die Sozialpartnerspitzen fest.

Die Vorschläge der Sozialpartner sind gegliedert in die Bereiche "Governance von Bildung", "Schule", "Berufsbildung", "Weiterbildung" sowie "Hochschulen":

Hinsichtlich "Governance von Bildung" muss eine politische Grundsatzentscheidung zur Bildungsverantwortung der öffentlichen Hand sein. Da eine solche Strategie eine Vielzahl von Politikbereichen, die in die Verantwortung unterschiedlicher Ministerien und Gebietskörperschaft fallen, treten WKÖ, ÖGB, Landwirtschaftskammer

und AK für die Einrichtung eines koordinierenden "LLL-Rates" ein, der den weiteren Prozess einer Strategieentwicklung vorantreibt.

Das LLL-Prinzip "Altersunabhängigkeit von Lernen" muss sich auch in System-logischen Finanzierungsprinzipien widerspiegeln. Aus Sicht der Sozialpartner sollen alle Angebote bis zur Matura, also so genannte formale Angebote der Primär- und Sekundärbildung, für den Lernenden altersunabhängig kostenfrei sein.

Die Sozialpartner zum Bereich "Schule": Die Einführung eines verpflichtenden und gebührenfreien Vorschuljahres soll helfen, dass jene Kinder, die einer besonderen Förderung bedürfen, dem Volksschulunterricht bestmöglich folgen können.

Weil Schulen in die Lage versetzt werden müssen, durch Individualisierung und Differenzierung besser auf die jeweiligen Stärken und Schwächen der Schüler einzugehen zu können, fordern die Sozialpartner einen flächendeckenden Ausbau von Ganztageschulen. Dadurch soll auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden. Weiters soll ein Konzept für ein neuartiges Schulwesen im Rahmen der Schulpflicht, das durch entsprechende Leistungsdifferenzierung den individuellen Begabungen der Kinder gerecht wird, entwickelt werden.

Zudem wird eine umfassende Reform von Schulverfassung und Schulverwaltung angeregt. Für die Vorgabe von Zielen wie Lehrplänen und Bildungsstandards sowie deren Überprüfung soll das Unterrichtsministerium zuständig sein. In der Umsetzung sollen die Schulen über weitgehende Autonomie verfügen und via standardisierter Überprüfungen der Bildungsstandards einer externen Ergebniskontrolle unterzogen werden.

Die Neugestaltung der 9. Schulstufe über alle Schultypen hinweg schlagen die Sozialpartner als Maßnahme zu einer notwendigen Reform der Berufs- und Bildungswegorientierung für alle Schüler vor: Dieses Jahr soll in modularer Form schwerpunktmäßig der Berufsorientierung dienen. Das soll auch die hohe Zahl an Drop-outs auf Grund verfehlter Bildungswahl reduzieren.

Beim Bereich "Berufsbildung" soll die Lehrlingsausbildung als eine den berufsbildenden Schulen gleichwertige Ausbildungsschiene positioniert werden, insbesondere soll es auch ein eigenes maturaführendes duales Ausbildungsangebot geben. Die

Berufsreifeprüfung soll weiterhin ein Nachholen der Matura unter Anerkennung der absolvierten Berufsbildung ermöglichen und kostenfrei angeboten werden.

In Sachen Weiterbildung sollen alle formalen Angebote der Primär- und Sekundärbildung wie Hauptschulabschluss oder Matura nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Erwachsene kostenfrei sein. "Darüber hinausgehende Weiterbildung fällt in eine gemeinsame Verantwortung von Individuen, Unternehmen und Staat. Hier ist eine erhebliche Aufstockung der Ausgaben durch den Staat erforderlich."

Zur konkreten Organisation und Abwicklung einer gemischten Finanzierung müssen neue Verfahren und Instrumente entwickelt werden. Dazu gehören:

Unterstützung von Bildungsanbietern insbesondere im Bereich grundlegender Kulturtechniken; Ausbau und Weiterentwicklung von Förderungen für weiterbildungsaktive Unternehmen sowie die Entwicklung eines individuellen Bildungskontos, das öffentliche und private Mittel für Weiterbildung kombiniert; Ausdehnung des bestehenden Stipendienwesens auf bestimmte länger dauernde Vollzeitausbildungen außerhalb des Hochschulsystems.

Es soll möglich werden, auch außerhalb formaler Bildung zu anerkannten Abschlüssen zu kommen bzw. Teile davon anerkannt zu bekommen. Dafür bedarf es einer umfassenden Strategie, notwendig sind weiters Instrumente zur Sichtbarmachung und Anerkennung.

Hinsichtlich der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS, die wichtige Bestandteile des lebenslangen Lernens sind, fordern die Sozialpartner, diese in die LLL-Strategie zu integrieren. Insbesondere jene Kurse, die zu anerkannten (Teil-)Abschlüssen führen, sollen ausgebaut werden.

Mit Blick auf die Hochschulen erachten die Sozialpartner die Ausarbeitung eines umfassenden Masterplans für den gesamten Hochschulbereich als zielführend. Dieser soll "die strategischen Ziele und Schwerpunkte für den gesamten Hochschulbereich und die Basis für die Leistungsverträge mit den einzelnen Hochschulen bilden." Von besonderer Bedeutung für die Sozialpartner sind dabei der Ausbau berufsbegleitender Studienangebote sowie die Konzipierung der Bachelor-Studien als vollwertige, in sich geschlossene und berufsqualifizierende Abschlüsse. (JR)

Rückfragehinweis:

~

Wirtschaftskammer Österreich

Stabsabteilung Presse

Mag. Rupert Haberson

Tel.: 0664/3550081

Tel.: (++43) 0590 900-4362

Fax: (++43) 0590 900-263

mailto:presse@wko.at

http://wko.at/Presse

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0160 2007-10-03/12:37

031237 Okt 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071003_OTS0160